

# Plenum aktuell

Plenarsitzungen

24. und 25. Februar 2016

Initiativen und Positionen  
(Stand 23.2.2016, 15:00 Uhr)

---

## Aktuelle Stunde

---

### Hilferuf aus der rheinland-pfälzischen Polizei – nicht nur in Montabaur fehlt es an Personal und Ausstattung

Überlastete Polizeibeamte. Mit einer spektakulären Aktion hat die Polizeiinspektion in Montabaur interne Missstände angeprangert. Gemeinsam kritisierten alle 75 Beamten und Mitarbeiter die unzureichende technische Ausstattung, die Raumnot, gravierende Sicherheitslücken und eine enorme Stressbelastung der Beamten. Eingehende Notrufe können am veralteten Einsatztisch oft nicht aufgezeichnet werden. Appelle an das Innenministerium verhallen wirkungslos. Kein Einzelfall.

In ganz Rheinland-Pfalz häufen sich Beschwerden. Polizeigewerkschaften kritisieren schon seit längerem den Personalmangel bei der Polizei. Mehr als 1,7 Millionen Überstunden sind angefallen, der Krankenstand

ist auf Rekordhoch, die Dienstunfähigkeit steigt. Im Zuge der Bewältigung der Flüchtlingskrise steigt die Arbeitsbelastung noch zusätzlich. Größere Fahndungsmaßnahmen können nicht mehr durchgeführt werden.

Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, dass auch in Zukunft die Sicherheit unserer Bürger gewährleistet bleibt. Wir wollen deshalb verstärkt in die Innere Sicherheit investieren. Freiheit braucht Sicherheit. Unsere Kernforderungen: Mehr Polizisten, mehr Videoüberwachung und ein schärferes Strafrecht. Über die geplanten Neueinstellungen hinaus wollen wir 300 zusätzliche Stellen bei der Polizei sowie die Einstellung von weiterem Lehrpersonal am Hahn.

---

## **Gemeinsame Gesetzentwürfe der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

---

### **Landesgesetz über die Gebietsänderungen der Verbandsgemeinden Betzdorf und Gebhardshain**

Neue Verbandsgemeinde. Die Verbandsgemeinden Betzdorf und Gebhardshain werden zum 1. Januar 2017 zusammengelegt.

Die Bürgermeister der Verbandsgemeinden haben eine Vereinbarung über den Zusammenschluss der beiden Verbandsgemeinden am 22. Juli 2015 unterzeichnet mit dem Ziel, die Gebiets- und Verwaltungsstrukturen zu optimieren und erhebliche Kosten zu sparen.

Angestrebt ist, mittel- bis längerfristig Einsparungen von 20 v. H., bezogen auf den Personal- und Sachaufwand der Verbandsgemeinden Betzdorf und Gebhardshain im Jahr 2014, zu erreichen.

Die neue Verbandsgemeinde erhält eine Zuweisung von insgesamt 2 000 000 Euro als Entschuldungshilfe über mehrere Jahre verteilt.

### **Landesgesetz über den Zusammenschluss der Verbandsgemeinden Altenglan und Kusel**

Die Bildung einer neuen Verbandsgemeinde aus den Verbandsgemeinden Altenglan und Kusel zum 1. Januar 2018 und damit einhergehende Festlegungen werden gemeinsam in einem Landesgesetz geregelt.

Kommunale Kooperationen werden nicht als gleichwertige Alternativen zu der erforderlichen Gebietsänderung der Verbandsgemeinde Altenglan angesehen.

Die Bildung der neuen Verbandsgemeinde hat erhebliche Kosteneinsparungen zum Ziel. Angestrebt ist, mittel- bis längerfristig Einsparungen von 20 v. H., bezogen auf den Personal- und Sachaufwand der Verbandsgemeinden Altenglan und Kusel im Jahr 2014, zu erreichen.

Die neue Verbandsgemeinde erhält eine Zuweisung von insgesamt 2 000 000 Euro als Entschuldungshilfe über mehrere Jahre verteilt.

---

## Parlamentsanträge

---

### Solide Finanzen für soziale Fairness und den Zusammenhalt der Gesellschaft – Steillagenweinbau erhalten und fördern

Weinbau in Steillagen. Er ist prägend in unserer Kulturlandschaft, viele Arten und ökologische Nischen finden sich nur hier. Gleichzeitig bringt die Bearbeitung der Steillagen einen hohen Arbeitseinsatz mit sich, weil Maschinen kaum eingesetzt werden können. Durch den Strukturwandel fällt es vielen Betrieben zunehmend schwer, die enormen Kosten für die Bewirtschaftung zu tragen.

#### Unzureichende Förderung

Die Steillagenförderung der vergangenen Jahre ist stark geprägt durch den Katalog der Agrarumweltmaßnahmen mit verstärkt ökologischer Ausrichtung. Die hohen Anforderungen aus diesen Programmen machen es vielen Winzern schwer, zusätzliche Förderungen zu erhalten. Die bisherige Förderung in Rheinland-Pfalz ist unzureichend und nicht geeignet, diese traditionellen Kulturlandschaften zu erhalten.

#### Wir möchten eine verstärkte Förderung des Steillagenweinbaus. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf:

- Ein Kulturlandschaftsprogramm zum Erhalt des Steillagenweinbaus in

Rheinland-Pfalz zu erstellen. Hierbei soll gemeinsam mit der EU ein spezielles Förderprogramm erarbeitet werden.

- Auch in Zukunft den Steillagenweinbau zu unterstützen. Dazu gehören insbesondere die Mittel für Bodenordnungen, Mauersanierungen, Transportbahnen und Mechanisierung der Bewirtschaftung.
- Mittel aus dem Bereich der Ausgleichszahlungen für die Sanierung der Weinbergsmauern einzusetzen.
- Wiederbestockte Flächen in die Förderung aufzunehmen.
- Den wichtigen Bereich der Mauersanierung in den Steillagen durchweg als Ausgleichsmaßnahme nach Bundesnaturschutzgesetz anzuerkennen. Damit würden mehr Mittel bereit stehen, nicht nur um die Bewirtschaftung der Steillagen zu erhalten, sondern auch den ökologischen Wert des Lebensraums zu steigern.

## **Solide Finanzen für soziale Fairness und den Zusammenhalt der Gesellschaft – Mittelrheinbrücke sofort!**

(Entschließungsantrag zum Gesetzentwurf Landeshaushaltsgesetz 2016)

Das Unesco-Welterbe Oberes Mittelrheintal braucht eine neue Aufbruchstimmung. Dazu sind vielfältige Maßnahmen notwendig, in deren Mittelpunkt eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur durch den Bau der Mittelrheinbrücke steht.

### **Bessere Verkehrsanbindung**

Diese ist ein zentraler Beitrag zur Strukturverbesserung. Sie nützt den Menschen vor Ort wie den Betrieben. Die wirtschaftliche Entwicklung allgemein wird gestärkt, ebenso der Tourismus. Mit einer festen Rheinquerung wird eine Verbesserung der Verkehrsanbindung erreicht. Sie verkürzt Fahrwege und Fahrzeiten, verstärkt die wirtschaftliche Vernetzung der Region auf beiden Seiten des Rheins und macht das Mittelrheintal für seine Bewohner und für die Erhaltung und die Ansiedlung von Arbeitsplätzen attraktiver.

### **Bürger wollen die Brücke**

Aus diesem Grund haben sich die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, Bürgerinitiativen, die Handwerkskammern, die Wirtschaft im Land und die Kommunen klar für den Bau einer Mittelrheinbrücke ausgesprochen. Gleiches gilt für die Landräte wie für die Kreistage des Rhein-Hunsrück-Kreises und des Rhein-Lahn-Kreises. Gleichzeitig haben der Innenminister vor dem Hintergrund einer BUGA-Bewerbung und die Ministerpräsidentin für eine Mittelrheinbrücke plädiert. Und nicht zuletzt hatte das Unesco-

Welterbekomitee bereits im Juli 2010 in Brasilien einen positiven Beschluss zugunsten der Planung zur Mittelrheinbrücke gefasst und die Verträglichkeit mit dem Welterbe Oberes Mittelrheintal festgestellt.

Ein bereits im Jahre 2003 von der CDU-Landtagsfraktion gefordertes „integriertes Leitbild für die Entwicklung und Außendarstellung des Mittelrheintals“ fehlt bis heute. Und auch der erst nach dem positiven Votum für eine Mittelrheinbrücke und der Aufforderung durch die Unesco erarbeitete Entwurf des Masterplans, der weder eine Positionierung der Landesregierung zur Mittelrheinbrücke, noch irgendeinen Hinweis zur BUGA enthält, wird einer positiven Entwicklung nicht gerecht. Nicht zuletzt daher sah sich die Unesco erneut veranlasst, von der Landesregierung eine „eindeutige Strategie über das Jahr 2016 hinaus“ für das Mittelrheintal einfordern zu müssen.

### **Die CDU-Fraktion fordert die Landesregierung auf:**

- Sich klar für den Bau einer Mittelrheinbrücke im Bereich St. Goar/St. Goarshausen als zentrales Projekt zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur im Mittelrheintal einzusetzen.
- Die Planung mit dem Ziel einer schnellen Realisierung umgehend wieder aufzunehmen.

## Geplant: Antrag der Fraktion der CDU Den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Rheinland-Pfalz stärken

(Alternativantrag zum Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
„Den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Rheinland-Pfalz stärken“, Drs. 16/6170)

Kein Zusammenhalt. Die Landesregierung ist ihrem Anspruch, das Land sozialer, gerechter und lebenswerter zu machen, bei weitem nicht gerecht geworden.

### Unsolidarische Politik von Rot-Grün

Die Wahlperiode hat mit einer millionenschweren Insolvenz des Nürburgrings begonnen, eine schwere Hypothek für das Land. Rot-Grün hinterlässt trotz Rekordsteuereinnahmen eine Rekordverschuldung zu Lasten der kommenden Generationen. Eine finanziell unsolide Politik kann nicht solidarisch sein, weder für die Gesellschaft der Gegenwart, noch gegenüber vorangegangenen und nachfolgenden Generationen. Die Politik der Landesregierung war darüber hinaus unseriös, weil sie ideologischen Vorstellungen und kurzfristigen Schlagzeilen Vorrang vor sachlich notwendigen Lösungen einräumte (z.B. Verzicht auf die für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt wichtige Mittelrheinbrücke). Sie war kontraproduktiv, weil sie rechtlich verlangte Maßnahmen nicht traf (gesetzlich geforderter Rahmenvertrag oder Verordnung zur Eingliederungshilfe fehlen seit vielen Jahren). Sie war ungeeignet, weil sie im Ergebnis nicht zu einer Verbesserung der Qualität des sozialen Standorts Rheinland-Pfalz beitrug. Das belegt der jüngste Armuts- und Reichtumsbericht eindrucklich.

### Die CDU-Fraktion kritisiert vor allem, dass

- die Landesregierung kein Demografiekonzept vorgelegt hat, um das Land auf die Herausforderungen des

demografischen Wandels einzustellen. Dadurch ist Rheinland-Pfalz auf die demografische Entwicklung landespolitisch nicht ausreichend vorbereitet;

- die Landesregierung keine wirksame Kostensteuerung der Eingliederungshilfe erreicht und dabei versagt hat, die Leistungen der Eingliederungshilfe in Rheinland-Pfalz durch einen Rahmenvertrag nach § 79 SGB XII bzw. nach dem Scheitern der Verhandlungen hierfür durch eine Rechtsverordnung nach § 81 SGB XII auf die erforderliche rechtliche Grundlage zu stellen. Dadurch entstanden rechtliche und finanzielle Risiken für die Eingliederungshilfe;
- die Landesregierung einen Investitionsstau im Bereich der Krankenhausförderung zu verantworten hat, obwohl sie zur Finanzierung der Investitionskosten der Krankenhäuser gesetzlich verpflichtet ist. Dadurch können die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz oft nur die allernotwendigsten Sanierungs- und Bauvorhaben durchführen, und so verschlechtert sich der Erhaltungszustand der Krankenhäuser immer weiter. In dringenden Fällen greifen sie gezwungenermaßen auf Betriebsmittel zurück, die eigentlich vor allem der Finanzierung der Personals dienen;
- die Landesregierung die Zukunft der Ärzteversorgung in Rheinland-Pfalz



nicht gesichert hat, weil sie zu lange die Warnungen der Ärzteschaft vor Überalterung und Nachwuchsmangel ignoriert hat. Dadurch wird die flächendeckende ärztliche Versorgung insbesondere im ländlichen Raum in Frage gestellt;

- die Landesregierung nicht wirksam einem Mangel an Pflegekräften entgegengewirkt und insbesondere zu spät auf die Notwendigkeit reagiert hat, die Pflege in Rheinland-Pfalz durch eine Pflegekammer zu stärken. Dadurch ging wichtige Zeit verloren, um Qualität und Zukunft der Pflege zu sichern;
- die Landesregierung Armutsriskien in Rheinland-Pfalz unzureichend bekämpft hat, indem sie die Beschäftigung in Rheinland-Pfalz selbst insbesondere durch den unzureichenden Ausbau der wichtigen Straßen und digitalen Infrastruktur unzulänglich gefördert und keine angemessene Evaluierung ihrer Arbeitsmarktpolitik betrieben hat. Dadurch ist die Armutsrisikoquote in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen mit der Folge, dass nach dem Armutsbericht insbesondere Erwerbslose, Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren und ältere Menschen überdurchschnittlich von Armut bedroht sind;
- die Landesregierung den Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung nicht ausreichend vorangetrieben hat, weshalb nicht nur die Zahl der Hospizbetten gemessen an der Bevölkerungszahl unzureichend ist, sondern auch die Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung die in der Fachwelt vertretene Quote von ei-

nem SAPV-Team pro 250.000 Einwohner deutlich verfehlt. Dadurch gestalten sich Begleitung und Betreuung schwerkranker und sterbender Menschen in Rheinland-Pfalz nicht bedarfsgerecht;

- die Landesregierung nicht für eine bessere Unterstützung von Familien mit Kindern durch ein Landesfamiliengeld gesorgt hat. Dadurch entgehen Familien in Rheinland-Pfalz Chancen auf flexible Formen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und ihre Leistung für die Gesellschaft wird nicht ausreichend anerkannt. Die Armutsrisikoquote ist in Rheinland-Pfalz bei Haushalten mit zwei Erwachsenen und drei oder mehr Kindern nach Alleinerziehenden und Einpersonenhaushalten besonders hoch;
- die Landesregierung die Pflegestützpunkte unzureichend gefördert und bei der Weiterentwicklung von Wohnformen und der Teilhabe von Menschen mit Pflegebedarf und Behinderung Regelungen getroffen hat, die sich in der Praxis nicht bewährt haben. Die Landesregierung musste weite Teile des eigenen Landeswohn- und Teilhabegesetzes ändern, weil es sich in weiten Teilen als nicht praktikabel und zielführend erwiesen hat. Trotz umfangreicher Änderungen wird es den Aufbau alternativer Wohnformen wie Wohngemeinschaften eher behindern. Auch die Verpflichtung der Einrichtungen, bei Unterschreitung der 50%igen Fachkraftquote sofort keine weiteren pflegebedürftigen Menschen aufzunehmen, wird betroffene Familien vor erhebliche Probleme stellen.

**Vor diesem Hintergrund fordert die CDU-Fraktion die Landesregierung auf:**

- Ein Demografiekonzept zu erstellen.
- Die Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem Scheitern der Verhandlungen für einen Rahmenvertrag durch eine Verordnung auf die notwendige Rechtsgrundlage zu stellen.
- Den Investitionsstau bei der Krankenhausförderung abzubauen.
- Die Ärzteversorgung wirksam zu sichern.
- Die Pflegekammer nachhaltig dabei zu unterstützen, die Zukunft der Pflege in Rheinland-Pfalz zu stärken.
- Armutsbekämpfung durch Armutsprävention auf die in unserem Land besonders betroffenen Kinder verstärkt auszurichten.
- Hospiz- und Palliativversorgung zu verbessern.
- Familien in Rheinland-Pfalz durch ein Landesfamiliengeld zu unterstützen.
- die Pflegestützpunkte ausreichend zu finanzieren, statt kleinräumig einzelne Gemeindefachstellen einzuführen, und das Recht für Einrichtungen und Wohnformen weiter zu entwickeln, im Sinne der Selbstbestimmung und Würde älterer, behinderter und pflegebedürftiger Menschen.

## Für ein vielfältiges und differenziertes Schulsystem in Rheinland-Pfalz

Individuelle Fähigkeiten individuell fördern. Jedes Kind ist einzigartig, hat unterschiedliche Begabungen und Stärken. Aus diesem Grund haben wir in Deutschland eine Vielzahl von Schulformen, zugeschnitten auf die Bedürfnislagen von Kindern.

### Grünen wollen Real- und Förderschulen abschaffen

Die Grünen in Rheinland-Pfalz lehnen das dreigliedrige Schulsystem ab. Erst in dieser Woche hat Fraktionsvorsitzender Köbler die Abschaffung aller Realschulen plus und Förderschulen zum Ziel erklärt.

### CDU für Vielfalt

Für die CDU-Fraktion bieten die verschiedenen Schularten dagegen optimale Förderbedingungen. Wir halten es für falsch, die Viel-

falt der Schularten zu reduzieren. Förderschulen, Realschulen plus, Gymnasien und auch Gesamtschulen haben ein äußerst breites und spezifisches Bildungsangebot. Im Interesse der Schülerinnen und Schüler müssen sie erhalten werden.

### Passgenaue Lehrerbildung

Jede Schulart braucht Lehrer, die passend für sie ausgebildet sind. Jeder Bildungsgang hat besondere inhaltliche, pädagogische und didaktische Herausforderungen.

Deutlich wird dies vor allem bei der sonderpädagogischen Förderung. Ein Lehrer für allgemeinbildende Schulen mit einer knappen Zusatzausbildung kann keinen vollwertigen, speziell ausgebildeten Förderschullehrer ersetzen.

## **Vielfältige Wege, einheitliches Ziel**

Die Bildungswege müssen vielfältig sein - die Bildungsabschlüsse dagegen vergleichbar und landeseinheitlich. Es ist fatal für die Akzeptanz der Bildungsabschlüsse, wenn der Eindruck entsteht, dass Bildungsabschlüsse an verschiedenen Schulen unterschiedlich anspruchsvoll sind. Die allgemeine Hochschulreife kann beispielsweise über viele Wege erreicht werden – über das Gymnasium, die Gesamtschule, aber auch die verschiedenen Bildungswege der berufsbildenden Schulen. Gerade sie stärken besonders die Durchlässigkeit des Systems.

Um die Vergleichbarkeit der Abschlüsse jedoch aufrecht zu erhalten, ist es notwendig, dass die Bildungsabschlüsse landeseinheitlich gestaltet sind. Das gilt nicht nur für das Abitur. Über landeseinheitliche Abschluss-

prüfungen kann auch die Qualität der mittleren Bildungsabschlüsse gewährleistet und gestärkt werden. Die Landesregierung lehnt landeseinheitliche Schulabschlüsse bisher ab.

### **Die CDU-Fraktion fordert deshalb die Landesregierung auf:**

- Die vielfältige Schulstruktur in Rheinland-Pfalz auch für die Zukunft zu erhalten.
- Die schulartspezifische Lehrerbildung zu stärken.
- Landeseinheitliche Schulabschlüsse für alle Bildungsgänge einzuführen.

## **Keine Verschandelung unserer Landschaften mit 1000 neuen Windrädern - Gegen rot-grünen Planungswildwuchs**

Sauberer Strom ja, ungebremster Ausbau der Windkraft nein. Die Energiewende in Rheinland-Pfalz droht am planlosen und unkoordinierten Vorgehen der Landesregierung zu scheitern. Natur- und Tierschutz – das war gestern. Geld gegen Landschaft, das Motto von Rot-Grün. Dafür riskiert die Koalition sogar den Rechtsbruch und Einnahmeausfälle in Millionenhöhe für das Land, indem sie Windkraftherzeugern zu geringe Ausgleichszahlungen abverlangt. Diese Praxis hatte zuletzt der Landesrechnungshof massiv kritisiert.

### **Landschaft wird verschandelt**

In der Bevölkerung schwindet die Akzeptanz der Energiewende zusehends. Der Bau von mindestens 1000 neuen Windrädern in den kommenden Jahren bedeutet einen weite-

ren, radikalen Eingriff in Natur und Umwelt in Rheinland-Pfalz und in die Lebensqualität der Bürger in den betroffenen Gemeinden. Das Landschaftsbild ganzer Regionen droht auf Jahrzehnte verschandelt zu werden. Äcker, Wiesen, Wälder, Höhenzüge werden von Rot-Grün zu Industriegebieten erklärt.

**Vor diesem Hintergrund fordert die CDU-Fraktion die Landesregierung auf, schnellstmöglich eine Zwischenbilanz über den bisher erfolgten Ausbau der erneuerbaren Energien in Rheinland-Pfalz vorzulegen.**

### **Darin sollte dargestellt sein:**

- Der Ausbau der Stromnetze des Landes und deren Belastbarkeit bei zunehmender Anzahl dezentraler und





- unregelmäßig einspeisender Stromproduzenten.
- Die Menge des von Windkraftanlagen und Solaranlagen eingespeisten Stroms im Verhältnis zur Produktionskapazität.
- Die erzielten Vergütungen.
- Die Summe der daraus erfolgten Belastung der EEG-Umlage.
- Das Ziel der Landesregierung, bis 2030 den gesamten in Rheinland-Pfalz verbrauchten Strom bilanziell aus erneuerbaren Energien zu produzieren im Licht der geforderten Bilanzierung zu überprüfen, um es mit der bundesweiten Entwicklung zu koordinieren und neu zu bestimmen.
- Die Landesregierung wird zudem aufgefordert, von der beabsichtigten Errichtung von weiteren 1000 Windkraftanlagen abzusehen und die Pläne zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in Rheinland-Pfalz neu zu fassen.
- Die Ausweisung zusätzlicher Standorte für Windkraftanlagen soll einem mehrstufigen Verfahren auf der Ebene der regionalen Planungsgemeinschaften erfolgen, bei dem vorrangig Standorte mit großer Windhöflichkeit, möglichst geringen Beeinträchtigungen von Landschaft und Natur zu bestimmen sind und Wohngebiete nicht beeinträchtigt werden.

## **Vertrauensschutz bei bestehenden hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen zur Erzeugung von Eigenstrom erhalten**

Zukünftige Behandlung von Eigenstrom im EEG – Schutz der heimischen Wirtschaft

(Geplant: Alternativantrag zum Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, DRS. 16/6169)

Rheinland-pfälzischen Unternehmen drohen höhere Stromkosten. Die Förderung für selbst genutzte Energie aus Kraft-Wärme-Kopplung soll wegfallen. Zugleich wird der in Industrieunternehmen für den eigenen Gebrauch produzierte Strom künftig mit der EEG-Umlage belastet. Dies führt zu massivem Druck auf Betriebe, die teilweise erhebliche Kosten in den Bau entsprechender Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen investierten.

### **Änderung für 2017 geplant**

Momentan besteht für Anlagen mit Inbetriebnahme vor 2012 Bestandsschutz, d.h.

sie werden nicht mit der EEG-Umlage belastet. Nach der Intervention der EU-Kommission im letzten Jahr, muss die Regelung jedoch evaluiert und spätestens Ende 2017 beihilferechtskonform ausgestaltet werden. Die EU-Kommission fordert eine EEG-Belastung in Höhe von 20% der EEG-Umlage. Dies würde beispielsweise für den BASF-Standort Ludwigshafen einen Anstieg der Stromerzeugungskosten um ca. 20% bedeuten. Die Mehrkosten würden sich auf ca. 75 Mio. Euro im Jahr belaufen. Die Bundesregierung hat angekündigt, sich für eine Fortführung der bestehenden Regelung einzusetzen.

### **Um die Wirtschaftlichkeit der bestehenden Anlagen in rheinland-pfälzischen Unternehmen nicht zu gefährden, fordert die CDU-Fraktion die Landesregierung auf:**

- sich verstärkt dafür einzusetzen, dass bestehende hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien zur Eigenstromerzeugung

auch über das Jahr 2017 hinaus von einer EEG-Belastung bereift bleiben und somit die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen nicht eingeschränkt wird,

- die Bundesregierung bei Ihren Verhandlungen mit der EU-Kommission bestmöglich zu unterstützen.

## **Die rot-grüne Schuldenpolitik stoppen**

Chance verpasst. Aus der Antwort der Landesregierung zu einer Anfrage der CDU-Fraktion geht hervor, dass Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr 573 Mio. Euro neue Schulden nur für den Kernhaushalt gemacht hat. Hinzu kommen 80 Mio. neue Schulden für die Landesbetriebe.

### **Landesregierung weiter auf Schuldenkurs**

Das ist die höchste Nettoneuverschuldung aller Bundesländer für 2015, einschließlich der drei Stadtstaaten. 12 von 16 Bundesländern haben Schulden getilgt, statt neue anzuhäufen. Das geht aus den vergleichenden Zahlen des Bundesfinanzministeriums hervor. Ein eindeutigeres Zeichen für eine verfehlte Haushaltspolitik der rot-grünen Landesregierung ist kaum noch möglich.

### **Rekord-Schulden trotz Rekord-Einnahmen**

Dabei verfügen alle Bundesländer über fast identische Rekord-Steuererinnahmen je Einwohner nach Finanzausgleich. Alle Bundesländer konnten vergleichbar höhere Einnahmen bei Steuern und Zuweisungen erzielen. Alle konnten die Zinslasten senken und alle hatten vergleichbare Leistungen für die Flüchtlingsaufnahme zu schultern.

Im Wettbewerb um solide Landesfinanzen landet Rot-Grün weit abgeschlagen auf dem Verliererplatz.

### **Pläne der CDU-Fraktion solide gegenfinanziert**

Die CDU-Fraktion hat für das Jahr 2016 dagegen einen ausgeglichenen Landeshaushalt ohne neue Schulden vorgelegt – mit solider Gegenfinanzierung für Investitionen. Dazu zählen der Verzicht auf Prestigeprojekte und der Abbau von Bürokratie.

### **In unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, zumindest für das Jahr 2016 einen Haushaltsabschluss ohne neue Schulden zu erreichen. Das heißt:**

- Alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, dass der Landeshaushalt 2016 im Vollzug ohne neue Schulden auskommt.
- Mit Vorrang aus dem Vorjahr übertragene Haushaltsreste für die Deckung der Ausgaben einzusetzen.

- Im Vollzug des Haushaltes 2016 Haushaltsreste nur im Rahmen des absolut Unabwendbaren zu bilden.
- Steuermehreinnahmen, die ggf. im Zuge der Steuerschätzung Anfang

Mai zu erwarten sind, für den Abbau der Neuverschuldung auch bei den Landesbetrieben einzusetzen.

## **Flüchtlingszahlen reduzieren, Kommunen entlasten: Landesregierung muss Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten konsequent und unverzüglich unterstützen**

Scheinheiliges Wahlkampfmanöver. Die rheinlandpfälzische Landesregierung verzögert die Verabschiedung des Asylpakets II im Bundesrat. Der vorgesehene Termin am 26. Februar sei nicht machbar, weil Rot-Grün in Mainz die Entscheidung bis nach der Landtagswahl am 13. März verschieben wolle, informierte Bundeskanzlerin Merkel. Damit kann jetzt nicht zügig über die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten um Tunesien, Marokko und Algerien abgestimmt werden. Die Unionsfraktion in Berlin hatte geplant, die entsprechenden Gesetze noch im Februar einzubringen und im Februar-Bundesrat zu beschließen.

### **Blockade unverantwortlich**

Das rot-grüne Taktieren gefährde das Gemeinwohl, erklärt die Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Julia Klöckner. Sie appelliert an Ministerpräsidentin Dreyer, ihr wahltaktisches Blockademanöver in der Flüchtlingspolitik aufzugeben und stattdessen ihrer Verantwortung für eine schnelle Lösung gerecht zu werden. „Ganz Deutschland wartet auf schnelle Schritte zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen. Die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten auf nordafrikanische Länder ist eine solche wirksame Maßnahme. Nur weil in Rheinland-Pfalz die Grünen nicht mitziehen und Frau Dreyer sich nicht durchsetzen kann, blockiert die SPD schon wieder

und ruft gleichzeitig nach schnellen Erfolgen der Bundesregierung, der sie selbst angehört. Die Landesregierung in Mainz ist hier in der Pflicht, das Gemeinwohl vor kurzfristige Eigeninteressen zu stellen. Daran werden wir sie messen.“

Mittlerweile ist es erwiesen, dass die Einstufung eines Landes als sicheres Herkunftsland die entsprechenden Asylverfahren beschleunigt, mit der Folge, dass der Zustrom aus diesen Ländern abnimmt. Die Westbalkanstaaten sind hierfür ein gutes Beispiel. Die Zuzugszahlen aus den nordafrikanischen Staaten Tunesien, Marokko und Algerien sind in den vergangenen Monaten rasant gestiegen. Gleichzeitig liegt die Anerkennungsquote für diese Länder aber nur bei rund einem Prozent. Deshalb hat die Bundesregierung auf Betreiben der CDU die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten auf diese Länder auf den Weg gebracht.

Um das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik im Land nicht zu beschädigen, darf die Landesregierung nicht, wie in der Vergangenheit wiederholt geschehen, blockieren oder verzögern, sondern muss schon jetzt ihre Zustimmung zu diesem Gesetzesvorhaben signalisieren.

### Die CDU-Fraktion fordert die Landesregierung daher auf:

- Ihre Blockadehaltung unverzüglich aufzugeben.
- Der Aufnahme von Marokko, Algerien und Tunesien in die Liste der sicheren Herkunftsländer zuzustimmen.

---

## Mündliche Anfragen

---

### Ausweitung der Sicheren Herkunftsländer auf die Staaten Marokko, Algerien und Tunesien

(Adolf Kessel, MdL, Matthias Lammert, MdL und Christian Baldauf, MdL)

1. Wie steht die Landesregierung zum Konzept der sicheren Herkunftstaaten?
2. Sieht die Landesregierung, dass durch die Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftstaaten die Asylverfahren verkürzt, die Anreizeffekte reduziert und die Rückführungen erleichtert werden können?
3. Welche Position nimmt die Landesregierung hinsichtlich der Ausweitung der sicheren Herkunftstaaten auf die Länder Marokko, Algerien und Tunesien ein?
4. Wie wird sich die Landesregierung im Bundesrat zu dieser Entscheidung verhalten?

### Verkaufsverhandlungen um den Flughafen Frankfurt-Hahn

(Alexander Licht, MdL und Hans-Josef Bracht, MdL)

1. In welchem Zusammenhang stand die am 07.08.2014 gegründete und am 21.10.2015 geänderte Firma ADC GmbH mit der Ausschreibung des Flughafens Hahn?
2. Welche geprüften Angebote der Ausschreibung lagen zu welchem Zeitpunkt wem zur Entscheidungsfindung vor?
3. Welche Ergebnisse führten seitens der Landesregierung zu der Aussage im Innenausschuss, dass möglicherweise schon vor dem 13. März 2016 mit konkreten Vertragsabschlüssen gerechnet werden könne?

4. Welche inhaltlichen und zeitlichen Absprachen gab es von Regierungsvertretern und/oder seitens der Vertreter der ausschreibungsbegleitenden

den KPMG mit der Kommission in Brüssel zu den vorliegenden Kaufgeboten?

## **Rheinland-Pfalz hat die älteste Busflotte Deutschlands – erhebliches Potenzial für CO2 Einsparungen bleibt ungenutzt**

(Christian Baldauf, MdL und Martin Brandl, MdL)

1. Für wie hoch schätzt die Landesregierung das Einsparpotenzial von CO2 Emissionen durch die Verwendung neuerer, moderner Busse im ÖPNV ein?
2. Wie steht die Landesregierung der Wiederaufnahme eines Förderprogramms zur Anschaffung neuer Fahrzeuge im ÖPNV, die auch die neues-

ten Euro-Abgasnormen erfüllen, gegenüber?

3. Wie viele Fahrzeuge der rheinland-pfälzischen Busflotte befinden sich derzeit nach Kenntnissen der Landesregierung auf einem klimatechnisch veralteten Standard?

## **Nutzung von Landesmuseen für Partei- und Fraktionsveranstaltungen in Wahlkampfzeiten**

(Gerd Schreiner, MdL und Wolfgang Reichel, MdL)

1. Wie viele Anfragen wurden seit Januar 2016 von Parteien und Landtagsfraktionen an Landesmuseen gestellt, in den Museumsräumlichkeiten Veranstaltungen durchzuführen?
2. In welchen konkreten Fällen wurden die Anfragen positiv bzw. negativ entschieden?

3. Mit welchen Begründungen wurden die Entscheidungen getroffen?
4. Hat die Landesregierung eine einheitliche Maßgabe für die Vermietung von Räumlichkeiten von Landesmuseen in Wahlkampfzeiten an Parteien und Fraktionen?

## Schließung des Bücherturms der Universität Mainz aus brandschutztechnischen Gründen

(Gerd Schreiner, MdL und Dorothea Schäfer, MdL)

1. Seit wann waren der Landesregierung Brandschutzmängel am Bücherturm bekannt?
2. Für welchen zeitlichen Horizont war eine bauliche Sanierung des Bücherturms bisher geplant?
3. Welchen Anteil machen die Entflechtungsmittel des Bundes am Hochschulbau des Landes aus?
4. Für welche Hochschulbauten sieht die Landesregierung in welcher Höhe ebenfalls einen dringenden Sanierungsbedarf?

## Aktuelle Aussagen der Landesregierung zur Zukunft der Krankenhausversorgung

(Dr. Peter Enders, MdL)

1. Warum hat Gesundheitsministerin Bätzing-Lichtenthäler anlässlich ihres Besuches in Zweibrücken vor einigen Wochen nichts zu der Zukunft der örtlichen Krankenhäuser in Zweibrücken ausgesagt?
2. Wie weit ist die von Gesundheitsministerin Bätzing-Lichtenthäler im Gespräch mit dem Pfälzischen Merkur angeführte Arbeitsgruppe zur Zukunft der Krankenhäuser in Zweibrücken?
3. Welche politischen Vorgaben hat es für die Vertreter des Gesundheitsministeriums in dieser Arbeitsgruppe gegeben?
4. Welche Planungen hat die Landesregierung hinsichtlich des Einsatzes von Fördermitteln zur Sicherung der Krankenhausversorgung in Zweibrücken?

## Verschärfung des Stalkingparagrafen zur Verbesserung des Opferschutzes

(Christian Baldauf, MdL und Dr. Axel Wilke, MdL)

1. Die Landesregierung hat einen seit dem Jahr 2012 vorliegenden Formulierungsvorschlag des Freistaates Bayern zur Verschärfung des sog Stalkingparagrafen im Bundesrat nie unterstützt, eine entsprechende Ankündigung des Bundesjustizministers, Heiko Maas (SPD), jetzt aber be-



grüßt. Worin liegt der inhaltliche Unterschied beider Initiativen?

2. Ergeben sich nach Auffassung der Landesregierung durchgreifende verfassungsrechtliche Bedenken gegen den entsprechenden Gesetzesantrag des Freistaates Bayern (BR-Drs. 193/14), insbesondere mit Blick auf das Bestimmtheitsgebot?
3. Wie viele Initiativen im Bereich des Opferschutzes hat die Landesregierung zur Verbesserung der strafrechtlichen Schutzmöglichkeiten und der

zivilgerichtlichen Möglichkeiten für Betroffene in der laufenden Wahlperiode im Bundesrat eingebracht (bitte nur Antragstellungen bzw. Mit Antragstellungen, keine Beitritte zu Initiativen anderer Länder)?

4. Welche Initiativen hat die Landesregierung aus dem Geschäftsbereich „Justiz“ insgesamt in der laufenden Wahlperiode beim Bundesrat eingebracht (bitte nur Antragstellungen bzw. Mit Antragstellungen, keine Beitritte zu Initiativen anderer Länder)?

## Rechtskundeunterricht für Flüchtlinge

(Christian Baldauf, MdL)

1. Seit Ende Dezember 2015 bietet das rheinland-pfälzische Justizministerium Rechtskundeunterricht für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive an. Gibt es einen einheitlichen und verbindlichen Lehrplan zur inhaltlichen Gestaltung der Unterrichtseinheiten?
2. Wenn nein: Anhand welcher Kriterien bestimmt es sich, welche Lehrinhalte die einzelnen Referenten vermitteln?
3. Inwieweit sind die Referenten gegen Unfälle abgesichert?

## Beschluss des Bundesverfassungsgericht zur Arbeit im Strafvollzug

(Christian Baldauf, MdL und Dr. Axel Wilke, MdL)

1. Welche rechtlichen Folgerungen und Handlungsaufträge ergeben sich für die Landesregierung aus dem Beschluss?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Zweifel des BVerfG, dass Resozialisierung von Strafgefangenen im rheinland-pfälzischen Strafvollzug, die nicht arbeiten, hinreichend gewährleistet werden kann?
3. Muss nicht auch aus Sicht der Landesregierung wieder eine Arbeitspflicht in das Gesetz aufgenommen werden, um der Arbeit als Resozialisierungsfaktor den ihr nach dem Verständnis

des BVerfG zukommenden Stellenwert zu sichern?

4. Hält die Landesregierung das derzeitige Vergütungssystem - ausschließ-

lich monetäre Vergütung- nach den Hinweisen des BVerfG noch für verfassungsgemäß?